

Bürgergeld-Studie: Eltern verzichten auf Essen, um Kinder zu versorgen

geschrieben von Redakteur | Juni 23, 2025



Mehr als die Hälfte der Eltern im Bürgergeldbezug berichten von regelmäßigen Entbehrungen. Die aktuelle Studie des Vereins Sanktionsfrei stellt grundlegende Fragen zur sozialen Sicherung – und zur Wahrung der Menschenwürde

„Ich esse nicht, damit meine Tochter satt wird.“ Solche Aussagen prägen das Bild, das eine neue Studie des Vereins Sanktionsfrei zur Lebensrealität von Bürgergeldbeziehenden in

Deutschland zeichnet. Die Online-Befragung von 1.014 Betroffenen offenbart: Für viele Familien reicht der aktuelle Regelsatz von 563 Euro nicht aus, um die grundlegenden Bedürfnisse zu decken.

72 Prozent der Befragten geben an, dass dieser Betrag für ein menschenwürdiges Leben nicht genügt. Besonders Eltern geraten dabei unter Druck: 54 Prozent verzichten regelmäßig auf Mahlzeiten, damit ihre Kinder genug zu essen haben. Auch Schulmaterial, Kleidung, Mobilität oder Teilhabe am sozialen Leben bleiben häufig unerreichbar.

Eine Mutter berichtet: „Manchmal muss ich mein Kind vom Kindergarten zuhause lassen, weil ich mir das Tanken nicht leisten kann. Ausflüge sind nie drin, Kleidung gibt's nur gebraucht. Es ist grausam.“

Grundgesetz und Realität: Die Menschenwürde als Maßstab

Artikel 1 des Grundgesetzes verpflichtet den Staat, die Würde jedes Menschen zu achten und zu schützen. Daraus leitet sich auch das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum ab – ein Grundsatz, den das Bundesverfassungsgericht wiederholt betont hat.

Doch die Ergebnisse der Studie werfen Zweifel auf, ob das Bürgergeld in seiner aktuellen Ausgestaltung diesem Anspruch gerecht wird. Wenn Eltern regelmäßig hungern, Schulalltag zur finanziellen Belastung wird und Kinder ausgegrenzt sind, ist die Menschenwürde zumindest gefährdet – systematisch und nicht nur im Einzelfall.

„Diese Stimme im Kopf ist immer präsent: Wie soll es morgen weitergehen?“, schildert Thomas Wasilewski, Bürgergeldbezieher und Vater von zwei Kindern. „Es ist unerträglich zu erleben, wie meine Söhne leiden, weil ihnen das Allernötigste fehlt.“

Zur Methodik: Repräsentative Datenlage

Die Studie wurde vom Institut Verian im Auftrag des Vereins Sanktionsfrei im Mai 2025 durchgeführt. Befragt wurden 1.014 Bürgergeldempfänger*innen zwischen 18 und 67 Jahren über ein Online-Access-Panel. Durch eine abschließende soziodemografische Gewichtung auf Basis amtlicher Daten erlaubt die Untersuchung belastbare Aussagen über die Gesamtheit der Bürgergeldbeziehenden in Deutschland.

Wunsch nach Teilhabe – aber geringe Perspektiven

Trotz der angespannten Lage ist die Motivation hoch: 74 Prozent der Befragten möchten den Bürgergeldbezug hinter sich lassen. Doch nur 26 Prozent glauben, dass ihnen dies in absehbarer Zeit gelingen wird. Die Ursachen sind vielfältig: gesundheitliche Einschränkungen, fehlende Kinderbetreuung, mangelnde Qualifizierungsangebote und strukturelle Probleme auf dem Arbeitsmarkt.

Eine Befragte schreibt: „Ich bemühe mich seit Jahren aktiv um Arbeit. Aber ich bin alleinerziehend, habe keine Betreuung und niemand stellt mich ein.“ Ein anderer ergänzt: „Unser Bürgergeld wurde um 170 Euro gekürzt, weil die Miete angeblich zu hoch ist – obwohl es in Leipzig keinen bezahlbaren Wohnraum gibt.“

Die Rolle der Jobcenter wird dabei ambivalent gesehen: Während einige Unterstützungsangebote wahrgenommen werden, überwiegt bei vielen der Eindruck von Druck und Kontrolle statt Hilfe und Förderung.

Stigmatisierung und Angst vor Verschärfungen

42 Prozent der Befragten schämen sich für ihren Bürgergeldbezug. Nur 12 Prozent fühlen sich gesellschaftlich zugehörig. Noch gravierender: 72 Prozent fürchten sich vor weiteren Leistungskürzungen – insbesondere vor einem vollständigen Leistungsentzug, wie er in politischen Debatten wieder verstärkt diskutiert wird.

Ein Befragter beschreibt die möglichen Folgen so: „Ein kompletter Entzug der Leistungen würde bedeuten, dass ich entweder Miete oder Essen zahlen kann – beides nicht. Ich wäre obdachlos.“ Ein anderer sagt: „Wie soll ich mich um Arbeit bemühen, wenn ich nicht weiß, ob ich morgen noch eine Wohnung habe?“

Ökonomische Bewertung: Kürzungen als Risiko für alle

Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, warnt vor einer falschen Richtung in der Sozialpolitik: „Das Bürgergeld muss so ausgestaltet sein, dass es Teilhabe ermöglicht. Eine Kürzung ist kontraproduktiv – nicht nur für Betroffene, sondern auch für Wirtschaft und Gesellschaft.“ Er plädiert für Investitionen in Bildung, Stabilität und Förderung statt Sanktionen: Nur so könne die Integration in den Arbeitsmarkt nachhaltig gelingen.

Forderungen an die Politik: Menschenwürde praktisch umsetzen

Der Verein Sanktionsfrei fordert auf Basis der Studienergebnisse:

- einen bedarfsdeckenden Regelsatz von mindestens 813 Euro,
- die vollständige Abschaffung von Sanktionen,
- Qualifizierung und Weiterbildung statt Vermittlungsdruck.

Die zentrale Frage, so der Verein, müsse lauten: Wie gelingt es, den verfassungsrechtlichen Anspruch auf Menschenwürde auch im Alltag von Familien im Bürgergeldbezug zu gewährleisten?
Zur Studie: www.sanktionsfrei.de/studie25

Quelle: Pressemitteilung Sanktionsfrei e.V.